

# **Impulsreferat als Vertreter der KPF/NRW auf der Sitzung des Landesrates am 31.1.09**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Als alter radikaler Linker, der es ernst meint mit dem sozialistischen Ziel, sehe ich den hier zur Debatte stehenden Beschluß des LaVo so:

- ◆ Ich hätte mir an einigen Stellen eine wesentlich deutlichere systemkritische Stellungnahme gewünscht – habe aber nichts wesentlich anderes erwartet und bin darum nicht allzu enttäuscht.
- ◆ Daß der LaVo sich am 6.12.08 hingesetzt hat, um eine Strategie für die kommenden zwei Jahre zu erarbeiten, halte ich für durchaus legitim. Dafür haben wir seine Mitglieder schließlich gewählt.
- ◆ Vieles an dem Papier ist durchaus richtig – wenn jene, die den LaVo jetzt inhaltlich unter Kuratel stellen wollen, es verfaßt hätten, hätte ich vermutlich mehr daran auszusetzen.

## **Nun zu einigen Punkten im Einzelnen:**

- Gleich zu Anfang wird in dem Papier davon gesprochen, daß sich unser Landesverband „eine tragfähige programatische Grundlage“ geschaffen hätte. Als Marxist habe ich an linke Programmatik größere und andere Ansprüche, als sie von den Papieren geboten werden, die wir auf dem letzten Landesparteitag verabschiedet haben.
- Auf der gleichen Seite wird über die Politiker im Düsseldorfer Landtag und ihre Weltsicht geschrieben. Das läßt wenig durchblicken vom wahren Charakter des bürgerlichen Staates und der Funktion dieser Politiker – diese Herrschaften mögen so tun, als regierten sie das Land aber in Wahrheit sind sie doch nur die Sachwalter der Konzerne.
- Im Folgenden wird von der „Gewaltenteilung“ gesprochen, die ein wichtiger Bestandteil des bürgerlichen Parlamentarismus ist, den wir gegen jeden Angriff von rechts verteidigen werden. Aber lassen wir uns nicht dem Irrtum verfallen, sie wäre ein wesentlicher Bestandteil von Demokratie – das ist seit den Tagen der Pariser Commune widerlegt.
- In der Folge wird von der sinkenden Wahlbeteiligung gesprochen, als wäre sie ein Ausdruck von Demokratiefeindlichkeit – sie ist vielmehr ein Ausdruck des Unmuts über die zutiefst unsoziale Politik der 4-Parteien-Allianz.
- Auf Seite 2 steht tatsächlich der Satz: „die Krise der Parteien müssen wir beheben“ - es ist nun wirklich nicht unsere Aufgabe die Krise der bürgerlichen Parteien zu beheben – sondern klar herauszuarbeiten, wer wessen Interessen vertritt.

- Zu den Äußerungen Hartz IV betreffend, möchte ich – als Mitglied eines gewerkschaftlichen Erwerbslosen-Ausschusses und Montagsdemonstrant – Widerspruch anmelden.

Wir sehen uns als eine - in den sozialen Bewegungen verankerte – Partei. Dann sollten wir auch auf die Betroffenen und ihre Organisationen hören. Ein AIG2-Eckregelsatz von 435,- € mag zwar eine Verbesserung gegenüber 351,- € sein – von den Aktiven in der Erwerbslosenbewegung wird er jedoch als Hartz IV light empfunden – ihre Forderung lautet seit Jahren: 500,- Euro.

### **Richtig in dem Beschluß finde ich:**

- ◆ Die Absage an das Buhlen um die „Mittelschichten“ - dieses Land braucht keine 3. FDP
- ◆ Die Warnung vor der möglichen Veränderung der Mandatsträger durch die Parlamente.
- ◆ Die kritische Einschätzung der Möglichkeiten in den Parlamenten.

### **Was mir in dem Beschluß fehlt:**

- Eine umfassendere Einschätzung der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise und die zu befürchtenden Folgen für die Menschen in unserem Lande.
- Eine tiefergehende Analyse des Versuchs der Duldung einer rosa-grünen Koalition in Hessen.  
Dort wurden unsere Genossen regelrecht erpresst:  
„Entweder Ihr stimmt unseren Forderungen ( z.B. über die Haushalte ) zu oder Ihr tragt die Verantwortung dafür, daß Koch an der Macht bleibt.“
- Daß das nahezu unauflösliche Dilemma „Rüttgers abwählen“ oder „glaubhafte Opposition“ nicht erkannt wird.

### **Was ich mir vom LaVo wünsche:**

- Daß DIE LINKE. NRW ihre Glaubwürdigkeit bewahrt und ihrem Namen Ehre macht.
- Das heißt, daß unsere Partei eine klassenkämpferische, systemkritische Oppositionspolitik macht – statt sich in „Mitgestaltungs“-Illusionen zu verlieren.
- Immerhin stehen wir z.Zt. am Beginn einer Weltwirtschaftskrise, die die Menschen in unserem Lande noch auf Jahre enorm belasten wird.
- In so einer Situation sollte eine sozialistische Partei sich nicht darauf konzentrieren, wie man den Kapitalismus verbessern kann.
- In all den Wahlkämpfen dieses und des nächsten Jahres sollte es unsere Pflicht sein, den Menschen klar zu machen:

**Wenn wir der Herrschaft des Kapitals kein Ende machen,  
wird soziale Gerechtigkeit ein frommer Wunsch bleiben!**